

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

9 XXIV/126

Bonn, den 8. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 WÄHLERINITIATIVE 63

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3 - 4 Wer verspricht wem was? 70

Billige Telefonanschlüsse - Aufwertung - Kostenloser Nahverkehr
Das Widersprüchliche in der Union

5 Kostspielige Konfrontation 32

Waffen - Waffen - Waffen

Von H. G. Ritzel

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Klaus Schütz schlägt öffentliches Gespräch vor
Über die Aufgaben des gesamtdeutschen Ministeriums
An Solidarität für Selbstbestimmungsrecht erinnert
Der Wille der Deutschen stärkste Realität
Grenzfrage friedensvertraglich regeln
Kontinuierliche Initiativen für die Geschädigten
Lise Kospeter scheidet aus dem Bundestag aus
Deutsches Gymnasium in der Tschechoslowakei gefordert

WÄHLERINITIATIVE

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In der letzten Zeit bin ich mehrfach gefragt worden, was es mit der "Sozialdemokratischen Wählerinitiative" auf sich habe und ob Günter Grass - einer der Profiliertersten der "Wählerinitiative" - im Namen der SPD spreche, wenn er sich mit Bundeskanzler Kiesinger auseinandersetze.

Zum ersten ist zu sagen, daß sich Freunde der SPD in der "Wählerinitiative" zusammengeschlossen haben. Sie ist nicht die Partei, nicht der Parteivorstand. Was sie in eigener Verantwortung tut, findet nicht überall Beifall. Schon gar nicht bei der CDU/CSU. Aber diese Mitbürger, die sich - wie Grass - als Sozialdemokraten oder für die SPD engagieren, ohne Parteimitglied zu sein, stellen auch Fragen an die SPD. Das sollte in einem demokratischen Land eigentlich als etwas Normales gelten können.

Es ist erfreulich, wenn auch parteiungebundene Wähler bereit sind, eine Partei und ihre Kandidaten im Wahlkampf aktiv zu unterstützen. Das mag für manche neu sein, aber es ist begrüßenswert. Ich meine, kritische Hilfe ist nötig, denn der Stimmzettel ist kein Lotterieschein. Wir Sozialdemokraten freuen uns, wenn wir Bürger ansprechen können, die das wissen.

Ich will jetzt nicht aufzählen, wer alles für die CDU und CSU Partei ergriffen hat, ohne Mitglied zu sein und ohne für die Partei zu sprechen. Mir geht es um die positive Klarstellung: Das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der "Sozialdemokratischen Wählerinitiative" ist geprägt durch kritische Sympathie und kritisches Vertrauen. Der große Dialog mit den Menschen in diesem Lande, in dem wir offen miteinander reden, zeigt uns - auch durch die kritischen Fragen - das Vertrauen, das uns entgegengebracht wird. Darüber freue ich mich.

Der andere Teil der Frage betraf die Vorbehalte gegenüber Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler, aus denen Günter Grass nie einen Hehl gemacht hat. Hier waren wir unterschiedlicher Meinung, aber ich

finde es nicht richtig, daß kritische Bemerkungen von Grass von jenen, die CDU/CSU und Staat gleichsetzen, als Angriff auf das Ansehen der Bundesrepublik gewertet werden.

Ich habe nicht für Günter Grass zu sprechen. Ich weiß nur, daß er zum Beispiel bei seinem kürzlichen Besuch in Belgrad die Sache unseres Volkes so erfolgreich vertreten hat wie kaum einer zuvor. Er hat wesentlich dazu beigetragen, das Deutschlandbild in Jugoslawien zurechtzurücken und Vorurteile abzubauen. Als Außenminister weiß ich dies besonders zu schätzen.

Ich weiß auch, daß Günter Grass keine neue Auseinandersetzung mit der politischen Vergangenheit des Bundeskanzlers hat auslösen wollen, sondern daß er nach seiner Meinung in dieser Sache gefragt worden ist und dadurch heraus- und aufgefordert wurde, seine Argumente von 1966 erneut vorzubringen. Dies mag unbequem für die einen oder inopportun für die anderen sein, aber es ist unbestreitbares Recht eines jeden Bürgers in unserem Land.

Man wird sich daran erinnern, daß Grass Ende 1966 die Wahl Kiesingers mit dem Hinweis auf die Jahre vor 1945 scharf kritisierte - womit er nicht allein steht. Mein offener Briefwechsel mit Grass anlässlich der Bildung der Großen Koalition hat in aller Öffentlichkeit klargemacht, daß unsere Meinungen in diesem Fall nicht übereinstimmen. Ich meinte und meine, wir dürfen im Streit um die Vergangenheit nicht in Gefahr geraten, die Zukunft zu verlieren. Ich meinte und meine, daß wir die innere Aussöhnung in unserem Volke nicht vernachlässigen dürfen. Dies ändert jedoch nichts daran: Weder von Grass noch von mir wird das Recht bestritten, eine andere Meinung zu haben und zu vertreten.

Zusammenfassend: Zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der "Sozialdemokratischen Wählerinitiative" gibt es eine kritisch-hilfreiche Wechselbeziehung. Niemand will dem anderen einen Maulkorb umhängen; niemand will ihn sich umhängen lassen.

Wer verspricht wem was?

Billige Telefonanschlüsse - Aufwertung - Kostenloser Nahverkehr

Das Widersprüchliche in der UNION

sp - Just vor dem Wahlkongreß der Christlichen Demokraten sind eine Fülle von Widersprüchlichkeiten deutlich geworden, in denen sich die Flügel der Union verwickelt haben. Alle formale Geschlossenheit, die man in Essen demonstrieren wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei der Union nicht mehr weiß, wer wem was verspricht.

Am vergangenen Wochenende beispielsweise verkündete der CDU-Vorsitzende Kiesinger einen sogenannten "Altenplan", ohne aber zu wissen, daß die gleiche Partei die meisten Vorschläge schon vor fünf Jahren im Parlament zur Diskussion stellte - und dann keine Konsequenzen zog. Als Neuheit wurde aber den älteren Mitbürgern in Aussicht gestellt, man wolle ihnen Telefonanschlüsse zu tragbaren Bedingungen geben. Wie gründlich die CDU diese Passage des "Altenplans" vorbereitet hat, wurde aber deutlich, als die FDP-Abgeordnete H e u s e r auf einen Brief des CSU-Postministers D o l l i n g e r verweisen konnte, in dem dieser ihren Vorschlag, alten Menschen verbilligte Telefonanschlüsse einzurichten, als "finanziell nicht tragbar" bezeichnete.

Wen hat der Wähler nun eigentlich ernst zu nehmen? Kanzler Kiesinger mit dem im Schnellverfahren zusammengestoppelten "Altenplan" oder den fachlich zuständigen Postminister? Oder pflegt man im Hause Dollinger der CDU andere Antworten zu geben als einem Oppositionsabgeordneten?

Der Bundeskanzler, der sich nicht nur gegen die Aufwertung der D-Mark und damit gegen allen Sachverstand ausgesprochen hatte, will trotz der deshalb immer offensichtlicher werdenden Preisauftriebstendenzen auch keinen zweit- oder drittbesten Lösungen zustimmen - allen Erfahrungen seines Amtsvorgängers Erhard zum Trotz. Aber zum gleichen Zeitpunkt haben sich die Sozialausschüsse der Union in Oldenburg, bei denen Herr Kiesinger am vergangenen Samstag zu Gast war, energisch

für eine Aufwertung ausgesprochen und - aus ihrer Sicht, die auch die Sicht des Arbeitsministers Katzer ist - dem Kanzler und CDU-Vorsitzenden eine Lektion ins Stammbuch geschrieben:

- * "Zweifellos ist seit langem das Wettbewerbsverhältnis der deutschen Wirtschaft zu anderen Industrieländern vor allem durch
- * falschen Wechselkurs erheblich begünstigt. Die Folge ist aber,
- * daß innerhalb der Bundesrepublik strukturelle Verzerrungen, vor
- * allem eine starke Kopflastigkeit der Exportwirtschaft, eingetre-
- * ten sind. Unter diesem fundamentalen Ungleichgewicht leidet auch
- * die Einkommensverteilung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern.
- * Es stellt außerdem eine ernsthafte Gefahr für die Stabilität der
- * DM dar."

Auch Herr Dr. M ü l l e r - H e r m a n n , stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Unionsfraktion und verkehrspolitischer Sprecher, weiß noch nicht einmal auf seinem unreigensten Fachgebiet, was innerhalb der CDU/CSU diskutiert und sogar programmatisch beschlossen wird. Müller-Hermann polemisierte am Montag dieser Woche gegen den Vorschlag des sozialdemokratischen Frankfurter Verkehrsdezernenten Walter M ö l l e r , den Nahverkehr der öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen. Natürlich ist dieser Vorschlag noch nicht ausdiskutiert, aber Müller-Hermann weiß bereits heute, daß dies der Weg zur "totalen Subventionierung" und zum "Schlendrian" bei den Verkehrsunternehmen sei. Was Dr. Müller-Hermann aber nicht wußte oder nicht wissen wollte, ist die Tatsache, daß die Sozialausschüsse am Sonntag in Oldenburg vorgeschlagen haben, den Nahverkehr attraktiver zu gestalten und die k o s t e n l o s e Beförderung im öffentlichen Nahverkehr als ein "wesentliches Mittel" bezeichneten.

Das Widersprüchliche in der Union wäre noch beliebig zu erweitern, etwa um die Preisbindung der zweiten Hand, um den Bildungsurlaub, um das Städtebauförderungsgesetz; Mitbestimmung und anderes mehr. Überall liegen jetzt widersprüchliche Erklärungen der Union vor, die jeweils unter der Federführung von CDU-Bundesministern zustande kamen. Der Wähler wird sich, auch oder gerade nach dem Wahlkongreß in Essen, vor die Frage gestellt sehen, wen er eigentlich in der Union glauben soll.

Kostspielige Konfrontation

Waffen - Waffen - Waffen

Von H. G. Ritzel

Kriegsmateriallieferanten aus allen Ländern haben ihre ganz besondere Freude an den zur Zeit möglichen Waffenlieferungen nach Vorderasien. Seitdem die Israelis in Notwehr und zur Sicherung ihrer Lebensrechte im 6-Tage-Krieg die an sie grenzenden arabischen Staaten besiegt haben, liefern die Waffenlieferanten fast der ganzen Welt in trauter Harmonie Waffen und Munition in die arabischen Länder.

Die Sowjetrussen, die Tschechoslowaken, die Amerikaner und Frankreich liefern an Jordanien, Syrien, Ägypten und Israel Waffen aller Art, vorzugsweise Kampfflugzeuge. Die kriegerischsten arabischen Staaten sind den Israelis nach der Wiederaufrüstung und dem Ersatz der verlorenen Bestände, den die arabischen Staaten in dem 6-Tage-Krieg verloren haben, sowohl an der Zahl der Soldaten als auch an der Zahl der Flugzeuge weit überlegen. Das größte "Verdienst" darf sich die Sowjetunion durch eine sehr massive Neuaufrüstung Ägyptens zuschreiben. Israel verfügt über 280 000 Mann und über etwa 300 Flugzeuge, die arabischen Staaten verfügen über rund 400 000 Mann und nahezu 1000 Flugzeuge.

Maßstäbe für die beiderseitige Kampfmoral gibt es nicht. Wenn man an die Armut der ägyptischen Fellachen, an die Primitivität des Daseins der Völker in den arabischen Staaten denkt, wenn man die Verschuldung der Staaten des Nahen Ostens betrachtet, dann erkennt man immer wieder aufs neue die trostlose Kurzsichtigkeit einer solchen Politik, die nicht den Mut zum Frieden und zu einem vernünftigen Ausgleich aufbringt, sondern ihr "staatspolitisches Ziel" in der Vernichtung eines schwer geprüften und Leid gewohnten Volkes sieht. Vor mehr als 300 Jahren hat ein schwedischer Kanzler, Oxenstierna, seinem in die Welt hinausziehenden Sohn eine Erkenntnis als Lehre mitgegeben:

"Geh hin, mein Sohn, und sieh, mit wieviel Dummheit
und Unverstand die Welt regiert wird."

Das war vor 300 Jahren. Und heute?